



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

March 2023 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

junge Menschen spielen bei der Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Ihre Energie, ihre Begeisterung und ihre frische Sichtweise sind für die Bewältigung der komplexen Herausforderungen unserer Zeit von unschätzbarem Wert, insbesondere wenn es um den Klimawandel geht. Wir schulden der Jugendbewegung Dankbarkeit für ihr Engagement, ihre harte Arbeit und ihre wortgewandt zum Ausdruck gebrachte Erfahrung in diesen Fragen.

Ich habe aus erster Hand ihre Leidenschaft und ihr Engagement für den Kampf gegen den Klimawandel erlebt, als ich am UN-Klimagipfel in New York teilnahm, wo ich mit Greta Thunberg und den Jugendlichen durch die Wall Street und Manhattan gezogen bin. Eines meiner Hauptziele seit dem Beginn meiner Vizepräsidentschaft für Kommunikation besteht darin, ihnen mehr Gehör zu verschaffen.

Im Laufe der Jahre hat der EWSA eng mit jungen Menschen und Jugendorganisationen zusammengearbeitet und ihren Beitrag zur Entwicklung einer nachhaltigeren und gerechteren Gesellschaft durch Initiativen wie den Preis der Zivilgesellschaft 2022 zum Thema Jugend und die Jugendplenartagung [Your Europe, Your Say! \(YEYS\)](#) anerkannt.

Die bevorstehende 14. Ausgabe von YEYS zum Thema „Jugenddialoge über Demokratie“ ist ein Beleg dafür, dass sich der EWSA für die Einbeziehung junger Menschen stark macht. Ich bin gespannt auf die Empfehlungen und Einblicke der Schülerinnen und Schüler für die Zukunft Europas und freue mich darauf, sie im März in Brüssel begrüßen zu dürfen.

Auch freue ich mich darüber, dass ich mit der von mir verfassten [Stellungnahme](#) einen Beitrag zur Einrichtung der Jugendklima- und Nachhaltigkeitsdebatten leisten konnte, die junge Menschen und die EU-Institutionen zusammenbringen. An der [Auftaktsitzung](#) im Juli 2021 nahmen 11 Jugendvertreter und der Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans teil. Diese Initiative bietet jungen Menschen eine Plattform für den Austausch ihrer Ideen und Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels und trägt zur Mobilisierung einer neuen Generation von Aktivisten bei.

Der EWSA sorgt durch die Aufnahme eines bzw. einer Jugenddelegierten in die EWSA-Delegation für die Vertragsstaatenkonferenzen der UN-Klimarahmenkonvention auch dafür, dass junge Menschen bei der Politikgestaltung auf globaler Ebene Gehör finden. Sophia Wiegand war die Jugenddelegierte des EWSA auf der COP 26 und der COP 27.

Wenn ich auf meine Zeit als Vizepräsident des EWSA zurückblicke, so bin ich tief beeindruckt von der Entschlossenheit und Energie der jungen Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Insbesondere unsere jungen Praktikanten waren eine echte Inspiration. Ihre Beteiligung an der Arbeit des EWSA war für den Ausschuss sehr wertvoll, und wir sind stolz darauf, Teil ihres Weges zu sein, auf dem sie Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben, die erforderlich sind, um aktive Bürger und Führungspersonlichkeiten in ihren Gemeinschaften zu werden. Durch Initiativen wie das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 können wir die Talente der nächsten Generation weiter

fördern und entwickeln und ihnen die Instrumente und das Wissen an die Hand geben, die sie für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft benötigen.

Ich freue mich über die Fortschritte, die wir bei der Stärkung der Rolle junger Menschen beim grünen Wandel erzielt haben. Allerdings bleibt noch viel zu tun. Ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Engagement fortsetzen werden, um sicherzustellen, dass die Stimme junger Menschen gehört wird und wir rasch tätig werden, um die Klimakrise zu bewältigen. Die Zukunft unseres Planeten und unserer Gesellschaft hängt davon ab.

Cillian Lohan

Für Kommunikation zuständiger Vizepräsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

23./24. März 2023, Brüssel

[Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ 2023](#)

26./27. April 2023, Brüssel

EWSA-Plenartagung

19. Juli 2023, Brüssel

[Bekämpfung der Energiearmut für einen gerechten Übergang](#)



ZUR SACHE

In dieser Kolumne äußern sich EWSA-Mitglieder zu aktuellen Themen der EU-Agenda. Heute erläutert EWSA-Mitglied **Rudolf Kolbe**, wie die Nutzung von Holz als Baumaterial dazu beitragen kann, die CO₂-Emissionen des Baugewerbes zu senken. Rudolf Kolbe ist Berichterstatter einer Stellungnahme zu diesem Thema, die auf Ersuchen des schwedischen EU-Ratsvorsitzes vom EWSA erarbeitet wurde. Die

Stellungnahme steht auf der EWSA-Plenartagung im März zur Erörterung an.



HOLZBAUWEISE VEREINT NACHHALTIGKEIT UND WOHNKOMFORT

von Rudolf Kolbe

Der Gebäudesektor hat erhebliche Auswirkungen auf die CO₂-Emissionen in der Europäischen Union und weltweit. Deshalb sollte sein ökologischer Fußabdruck unbedingt verringert werden. Die Förderung der Holzbauweise ist dabei ein wichtiger Hebel, um den grünen Wandel voranzutreiben.

Holz ist schon vor seiner Nutzung als Baumaterial ein Kohlenstoffspeicher – ein Baum besteht zu rund 50 % aus reinem Kohlenstoff – und schneidet in vielen Bereichen sehr gut ab: Holz aus als nachhaltig zertifizierten Wäldern kann in vielen Ländern auf relativ kurzen Transportwegen zu den Baustellen gelangen, die Verarbeitung ist selten problematisch oder umweltschädlich, und Holz kann leicht wiederverwendet werden. Aus Vergleichen gleichwertiger Gebäude unter Berücksichtigung ihres gesamten Lebenszyklus geht hervor, dass Holz in Bezug auf graue Energie, Treibhausgasemissionen, Luft- und Wasserverschmutzung sowie andere Wirkungsindikatoren eine praktikable Alternative darstellt.

Um die Holzbauweise als Beitrag zur Verwirklichung der Klimaziele zu fördern, müssen jedoch bei der Auftragsvergabe Qualitätskriterien wie u. a. Nachhaltigkeits- und Lebenszykluskriterien angelegt und geeignete Vergabeverfahren gewählt werden, die innovative Lösungen zulassen. Wir brauchen strengere rechtliche Verpflichtungen für einen qualitätsorientierten Wettbewerb und eine klimafreundliche Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig müssen die öffentlichen Auftraggeber durch Schulungsmaßnahmen Anleitung bei der Anwendung solcher

Kriterien und Verpflichtungen erhalten.

Darüber hinaus brauchen wir Mindeststandards für die CO₂-Emissionen von Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus hinweg und für die verpflichtende Meldung der entsprechenden CO₂-Emissionen im gesamten Bausektor. Dies muss mit einem rechtlichen und technischen Umfeld einhergehen, das Innovationen allgemein und hinsichtlich der Holzbauweise ermöglicht.

Für die Bewohner und Nutzer von Gebäuden kann durch die Holzbauweise nachhaltiger, inklusiver und ästhetischer Wohnraum geschaffen werden.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

Für die März-Ausgabe haben wir EWSA-Mitglied **Nicoletta Merlo** gebeten, eine Frage zu beantworten, die in ihrer neuen Stellungnahme „Die Rolle junger Menschen im ökologischen Wandel“ eine Schlüsselrolle einnimmt. Die Stellungnahme steht auf der Plenartagung im März zur Verabschiedung an.



Nicoletta Merlo: „Hört auf das, was junge Menschen zu sagen haben!“

Frage EWSA info: Welche Rolle sollten junge Menschen im ökologischen Wandel spielen?

Nicoletta Merlo: Junge Menschen können und müssen aus mindestens zwei Gründen eine wichtige Rolle im ökologischen Wandel spielen. Zunächst müssen wir bedenken, dass die Entscheidungen, die die Politik heute in Bezug auf Klima und Umwelt treffen, vor allem junge Menschen und künftige Generationen betreffen, die daher ein Mitspracherecht haben müssen.

Daneben muss berücksichtigt werden, dass die jungen Menschen am sensibelsten für die Notwendigkeit und sich dieser auch am stärksten bewusst sind, dass wir uns der Herausforderung des ökologischen Wandels stellen und uns für ökologische Nachhaltigkeit einsetzen müssen. In den letzten Jahren haben sich viele junge Menschen in ganz Europa für den Klimaschutz engagiert. Auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sind zahlreiche Umweltschutz- und Sozialbewegungen junger Menschen entstanden, die demonstrieren und konkrete Maßnahmen seitens der Regierungen und der Politik für Umweltschutz und Klimaneutralität einfordern.

Die Rolle junger Menschen beim Aufbau einer nachhaltigeren, inklusiveren und grüneren Welt wird zwar immer stärker anerkannt und das Jahr 2022 wurde zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen wurde. Doch für junge Menschen ist es immer noch schwierig, sich Gehör zu verschaffen und an der Beschlussfassung mitzuwirken. Das gilt im Übrigen nicht nur für den ökologischen Wandel.

Ich denke, dass Jugendorganisationen in den Institutionen systematisch und strukturiert und nicht nur sporadisch zu Wort kommen sollten, damit sie einen qualifizierten und sinnvollen Beitrag zur Beschlussfassung auf allen Ebenen leisten und Ideen und Projekte für ökologische Nachhaltigkeit umsetzen können.

Dafür sollten die Institutionen zuallererst den [Jugendtest](#) annehmen, Jugendorganisationen angemessen strukturell und finanziell unterstützen und systematisch die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen von Investitionen für jüngere Generationen abschätzen. Außerdem sollten sie den jungen Menschen klar vor Augen führen, wie und in welchem Ausmaß öffentliche Maßnahmen ihr Leben positiv beeinflussen.

Bildung und Beschäftigung sind zwei weitere entscheidende Aspekte, die im Zusammenhang mit der Rolle junger Menschen im ökologischen Wandel zu berücksichtigen sind.

Angesichts des Klima- und Umweltnotstands sollte die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer Priorität des Schulunterrichts werden. Die Bildung von Kindern für nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz sollte so früh wie möglich ansetzen und während der gesamten Schulzeit fortgesetzt werden. Es bedarf eines bereichsübergreifenden Ansatzes zur Vermittlung theoretischer und praktischer Kompetenzen, unter anderem im Rahmen von Übergängen von der Schule ins Berufsleben und Berufspraktika. Auch lebenslanges Lernen ist wichtig, da der Erfolg des ökologischen Wandels u. a. davon abhängen wird, ob und wie die Schulen mit den lokalen Gebietskörperschaften im Bereich der außerschulischen Aktivitäten zusammenarbeiten. Dabei sollten insbesondere Jugendorganisationen und die organisierte Zivilgesellschaft einbezogen werden, um die Öffentlichkeit stärker zu sensibilisieren und zum Mitmachen motivieren.

2023 ist das Europäische Jahr der Kompetenzen. Ohne Kompetenzen kein Wandel. Es kommt entscheidend darauf an, jungen Menschen die erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln, um mit den durch den ökologischen Wandel ausgelösten Innovationen Schritt halten zu können. Denn dieser Wandel prägt unausweichlich die Arbeitswelt von heute und morgen. Daher muss in Schulungs- und Lernformen im Arbeitsumfeld investiert werden, insbesondere in eine hochwertige Berufsausbildung und Praktika.

Der ökologische Wandel muss gerecht sein und eine Weiter- bzw. Neuqualifizierung der Arbeitnehmer gewährleisten. Es gilt, hochwertige Arbeitsplätze für alle sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Fortbildungsmaßnahmen müssen daher unbedingt in die Industriepolitik integriert sein, mit anderen Entwicklungsstrategien abgestimmt und auf regionaler und lokaler Ebene detailliert konzipiert werden – in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.

Innovationen sind ein weiterer Schlüsselfaktor für den Erfolg des ökologischen Wandels. Um die Ziele erreichen zu können, müssen junge Menschen mit unternehmerischen Fähigkeiten unbedingt dazu ermutigt werden, sich dank spezieller Schulungen und Unterstützung für innovative Projekte am Innovationsprozess zu beteiligen. Dafür ist auch angemessene finanzielle Unterstützung sicherzustellen.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

In der Rubrik „Überraschungsgast“ stellen wir herausragende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Journalismus und Kultur vor. In dieser Ausgabe ist der amerikanische Filmregisseur, Produzent und Kameramann Jewgeni Afinejewski unser Gast, der Dokumentarfilme über die Ukraine und Syrien gedreht hat.

Sein Film ***Winter on fire: Ukraine's fight for freedom*** handelt von den Euromaidan-Protesten in der Ukraine in den Jahren 2013 und 2014 und wurde für einen Oscar und vier Emmys nominiert. 2016 war Afinejewski monatelang in Syrien unterwegs und fing den Krieg in seinem preisgekrönten Dokumentarfilm ***Cries from Syria*** umfassend mit seiner Kamera ein. Der Film war Teil der offiziellen Auswahl für das Sundance-Filmfestival 2017. 2022 widmete der Regisseur der Ukraine einen weiteren Film: ***Freedom on fire: Ukraine's fight for freedom***. Dieser Film zeichnet die frühen Phasen der Invasion im Jahr 2022 nach und zeigt

die verheerenden Folgen des Krieges für das Leben der ukrainischen Zivilbevölkerung.

EWSA info sprach mit Afinejewski über seine Arbeit als Filmemacher, der Kriege dokumentiert.



Jewgeni Afinejewski: „Jeder von uns ist ein Tropfen Wasser, gemeinsam sind wir ein Ozean.“

EWSA info: Sie haben bereits vor einigen Jahren mit dem Oscar-nominierten *Winter on Fire: Ukraine's Fight for Freedom* einen Film über die Ukraine gedreht. Ist Ihr neuer Film *Freedom on Fire: Ukraine's fight for freedom* Teil II dieser Geschichte?

Jewgeni Afinejewski: *Winter on Fire* war eine Kampagne für den Frieden. Im Februar 2022 fühlte ich, dass ich als Filmemacher auf diese Geschichte zurückkommen und die Verbindung zum heutigen Krieg aufzeigen muss. Ich würde also nicht sagen, dass *Freedom on Fire* eine Fortsetzung ist. Vielmehr zeigt der neue Film, wie sich ein roter Faden vom Maidan bis dorthin zieht, wo wir jetzt sind. Dieser Krieg dauert bereits acht Jahre. Er ist ein Kampf für Würde, für Freiheit und für Menschenrechte.

Was hat Sie dazu veranlasst, den ersten Film über die Ukraine zu drehen?

Ich würde sagen, es war der Maidan und der Mut des ukrainischen Volkes, den ich damals entdeckte. Es trat für seine Rechte und für seine Überzeugungen ein. Es trat ein für die Zukunft einer unabhängigen Ukraine als ein geeintes Land, das der Familie freier europäischer Nationen angehört. Das ist das, was ich damals sah und was mich dazu

gebracht hat, diese Geschichte im vergangenen Jahr wieder aufzugreifen, den roten Faden weiterzuspinnen.

Gibt es eine besonders einprägsame Geschichte aus Ihren Erfahrungen in der Ukraine, die Sie gerne mit uns teilen möchten?

Davon gibt es viele. Eine davon erzähle ich, wenn mir Menschen sagen, dass wir die Geschichte nicht ändern können. Als ich auf dem Maidan war, in jenem kalten Winter 2013-2014, gab es dort ein Plakat mit einem großen Wassertropfen und der Aufschrift: „Jeder von uns ist ein Tropfen Wasser, gemeinsam sind wir ein Ozean“. Dort zeigte das vereinte ukrainische Volk der Regierung, dass es über die Stimme, die Macht und den Willen verfügt, seine Geschichte als Nation zu verändern – und dass es dies auch tut. In 93 Tagen haben Menschen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen – Reich und Arm, Jung und Alt – ihre Ziele durch gemeinsames Handeln und gegenseitige Achtung erreicht. Ich denke, dass es in derzeit darauf ankommt, geeint zu sein.

Was erwarten Sie von der EU, den europäischen Ländern und der Zivilgesellschaft, wenn es darum geht, Ukrainerinnen und Ukrainern in diesem Krieg zu helfen?

Die EU steht für Einheit, für Einigung. Jetzt ist es an der Zeit, den Ausbruch eines dritten Weltkriegs zu verhindern. Je früher wir uns dies eingestehen, desto früher wird die Welt geeint sein. Die Ukrainerinnen und Ukrainer fordern die Menschen aus anderen Ländern nicht auf, in den Kampf zu ziehen, sondern ihnen dabei zu helfen, diesen Krieg zu gewinnen. Und dies ist eine schöne Sache – wenn die Welt, wenn wir alle zur Ukraine stehen, um diesen Krieg zu stoppen.

Sie haben diesen Film Journalistinnen und Journalisten gewidmet, die „jeden Tag ihr Leben aufs Spiel setzen“. Wie wichtig sind Reporter und Aktivisten in Kriegszeiten?

Das habe ich in meinem ersten Film so gesagt und seither auch stets wiederholt, da ich mit Journalistinnen und Journalisten vor Ort zusammengearbeitet habe und einige von ihnen nicht mehr unter uns sind. Es ist gut dokumentiert, dass Journalisten, ukrainische Filmemacher und Reporter in den ersten – den grausamsten – Monaten des Krieges ums Leben kamen. Dieser Krieg wird jedoch nicht nur vor Ort, sondern auch in den Medien geführt. Propaganda ist die wichtigste Waffe: Schon Joseph Goebbels kannte die Strategie, dass eine Lüge, wenn man sie nur immer und immer wiederholt, zur Wahrheit wird.

Die Aggression Russlands gegen die Ukraine findet sozusagen vor der Haustür Europas statt, was schwerwiegende Auswirkungen auf die europäischen Länder hat. Was ist mit den USA? Wie haben die Menschen dort reagiert? Kam es zu einer Mobilisierung durch NGO und Organisationen der Zivilgesellschaft?

Die amerikanische Regierung hilft so gut sie kann, aber hier in Hollywood wird nicht viel über die Ukraine gesprochen. Ein paar Netzwerke berichten nach wie vor über den Krieg, aber nicht die Massenmedien. NGO waren von Anfang an vor Ort, um die Menschen zu unterstützen. Die Gesellschaft insgesamt befindet sich jedoch auf einer anderen Wellenlänge, und dies gehört zur Realität des Krieges dazu. Wir sind mit vielen anderen Dingen beschäftigt, und für mich als Filmemacher ist es schmerzlich, zu sehen, dass es an politischen Filmen mangelt. Es scheint, als ob Hollywood versucht, sich von politischen Fragen fernzuhalten. Doch wenn ein Kernkraftwerk in der Ukraine getroffen wird, müssen wir letztendlich alle den Preis dafür zahlen.

Sie führten 2017 auch bei *Cries from Syria* Regie – ein weiterer Film, der sich mit Krieg und Konflikten befasst. Was hatte Sie zu diesem Dokumentarfilm veranlasst? Ist es Ihnen gelungen, auf diese Tragödie aufmerksam zu machen?

Mit *Cries from Syria* wollte ich durch meine Erzählung sichtbar machen, was in Syrien von den Anfängen bis zu der gewaltigen Flüchtlingskrise geschah. Viele der Menschen aus *Cries from Syria* sind jetzt tot. Genauso wie bei den Filmen über die Ukraine. Ich habe versucht, der Welt zu erklären, dass dies kein lokaler Konflikt, sondern ein Krieg war. Ich habe auch versucht, Kontakte zwischen Aktivisten und Freiwilligen zu knüpfen,

aber vor allem ging es mir darum, Journalisten und den Protagonisten des Films, den Journalisten an vorderster Front, miteinander in Kontakt zu bringen. In meinem letzten Film habe ich den wichtigsten Aspekt – den medialen Krieg – bearbeitet, da ich viel Zeit in den Städten und in Medienkreisen verbracht und gezeigt habe, was Propaganda ist. Ich denke, ich möchte einfach die wichtigen Geschichten unserer Zeit erzählen und es den Menschen, die sie erleben, möglich machen, sich laut und klar Gehör zu verschaffen, die Welt aufzuklären und zum Handeln aufzurufen. Bei jedem Film geht es mir um drei Ziele: Interessenvertretung, Aktivismus und Handeln.

Denken Sie, dass Sie Ihre Ziele mit Ihren Filmen erreicht haben?

Ja, auf jeden Fall! Und ich denke, dass mich das zum Weitermachen bewegt. Ich habe gemerkt, welche Wirkung meine Filme gehabt und wie sie die Politik zum Handeln bewegt haben. Ich habe gemerkt, wie das Publikum reagiert, nachdem es meine Filme über Syrien und die Ukraine gesehen hat. In den Fragerunden wollen die Leute immer wissen: „Wie können wir denn helfen? Was können wir tun?“ Diese Fragen höre ich fast jedes Mal. Das inspiriert mich und ist die Bestätigung für meine Arbeit.

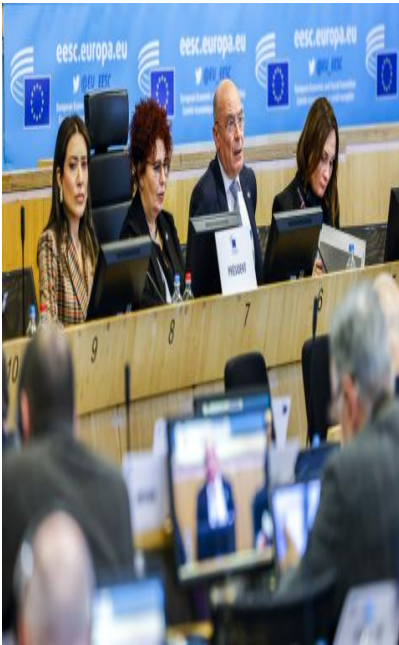
Was wird Ihr nächstes Projekt sein? Haben Sie schon eine Idee?

Nein, bisher noch nicht. Zunächst müssen wir diesen Krieg beenden. Wenn dieser Krieg nämlich morgen eskaliert, dann braucht niemand mehr Filmmacher, es wird einfach kein Hollywood mehr geben. Wir können diesen hybriden Krieg vor Ort in der Ukraine und in den Medien nur vereint gewinnen, weil Propaganda und Lügen die Grenzen der EU oder der USA leicht überqueren können und kein Visum benötigen. Für Propaganda und Lügen gibt es keine Grenzen, auch wenn dies alle immer wieder vergessen, in Hollywood, in Amerika, überall auf der Welt.

Den Trailer des Films *Freedom on Fire* finden Sie [hier](#).

Mehr zum Film [hier](#).

EWSA



Die Zeit ist reif für einen Blauen Deal der EU – EWSA startet Arbeiten zum Thema Wasser

Wasserknappheit und Wasserverschmutzung sind nach wie vor globale Herausforderungen, für die der derzeitige Politikrahmen der EU nicht ausreicht. Vor diesem Hintergrund kamen am 27. Februar hochrangige Wassersachverständige im EWSA zusammen, um mögliche Lösungen aufzuzeigen. Mit der Anhörung leitet der EWSA seine Arbeiten zum Thema Wasser ein.

Der EWSA erarbeitet derzeit eine Reihe von Initiativstellungnahmen und wird im Herbst die Empfehlungen der Zivilgesellschaft zur Zukunft des Wassers in der EU darlegen.

Im Sommer 2022 erlebte Europa die schwersten Dürren seit 500 Jahren. Im Grünen Deal der EU sind zwar Vorschläge zur Lösung von

Wasserproblemen vorgesehen, diese Ziele werden jedoch nicht ausreichend in alle Politikbereiche der EU einbezogen. Es muss ein Paradigmenwechsel stattfinden, um frühere Fehler bei der Energiepolitik zu vermeiden.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** stellte fest: „Die EU hat die Chance, sich im Bereich Wasser als Vorreiter zu positionieren.“

Das Europäische Parlament hat ebenfalls kürzlich eine Wasserstrategie der EU gefordert. **Pernille Weiss**, Vorsitzende der MdEP-Gruppe zum Thema Wasser, hierzu: „Ich habe die Hoffnung, dass Europa beim sorgsamem Umgang mit Wasserressourcen ein Vorbild sein wird.“

Der EWSA wird sich mit einer Reihe von Initiativstellungnahmen für eine umfassende Wasserstrategie der EU einsetzen und Vorschläge zum Schutz von sauberem Wasser, zur frühzeitigen Erkennung und Eindämmung der Auswirkungen internationaler Konflikte im Zusammenhang mit Wasser sowie zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung vorlegen.

Pietro Francesco de Lotto, Vorsitzender der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel, unterstrich die industrielle Dimension von Wasser: „Wassereffiziente Technologien sind ein wichtiger Teil der Lösung, die nicht nur die Industrie, sondern auch die Gesellschaft insgesamt braucht.“

Salla Saastamoinen, stellvertretende Generaldirektorin der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS), erklärte: „Die GFS strebt ebenso wie der EWSA einen ganzheitlichen Ansatz für die Wasserbewirtschaftung an.“

Oliver Röpke, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA, hob die Bedeutung von Wasser als Menschenrecht hervor: „Solidarität und Nachhaltigkeit müssen bei unseren Lösungen im Mittelpunkt stehen.“ (gb)



Swjatlana Zichanouskaja im EWSA: „Belarus darf nicht zu Putins Trostpreis werden!“

Auf der EWSA-Plenartagung im Februar rief die Anführerin der demokratischen Bewegung in Belarus, Swjatlana Zichanouskaja, die EU-Institutionen dazu auf, die belarussische Bevölkerung bei ihrem Widerstand gegen den Autoritarismus zu unterstützen. Belarus verdiene es, Teil der europäischen Familie zu sein, dies sei jedoch nur mit aktiver Unterstützung aller EU-Institutionen möglich.

Die Menschenrechtslage in Belarus verschlechtert sich zusehends. Es wird von ca. 1 500 politischen Gefangenen ausgegangen, täglich kommen etwa 17 weitere hinzu.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** meinte: „Alle Politiker mit autoritären Tendenzen haben Angst vor ihrem Volk. Sie fürchten die

Zivilgesellschaft und ihre Fähigkeit, neue und kreative Kräfte hervorzubringen, die sich entfalten und etwas bewegen könnten.“

Swjatlana Zichanouskaja wies darauf hin, dass der Befreiungskampf in Belarus und der Ukraine unmittelbar miteinander verbunden sind: „Die Zukunft Europas wird auf den Schlachtfeldern der Ukraine, in der belarussischen Untergrundbewegung und natürlich in den europäischen Hauptstädten entschieden.“ Sie forderte die Organe und Institutionen der EU auf, die Menschen zu unterstützen, die vor Ort und im Exil Widerstand leisten, und schlug vor, die Östliche Partnerschaft, aus der sich die belarussische Regierung 2021 zurückgezogen hat, in Zusammenarbeit mit der belarussischen Opposition wiederzubeleben.

„Wir fordern die Behörden auf, die politischen Gefangenen und die inhaftierten Gewerkschafter unverzüglich und bedingungslos freizulassen“, erklärte der Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer **Oliver Röpke**.

„Wir sind bereit, als Vertreter der Zivilgesellschaft als Ihr Sprachrohr zu fungieren und Ihre Ideen zur Verbesserung der Lage in Belarus allen EU-Organen vorzutragen“, betonte der Vorsitzende der Gruppe Arbeitgeber **Stefano Mallia**.

Der stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft **Simo Tiainen** fügte hinzu: „Frau Zichanouskaja, Sie sind eine starke und mutige Frau. Sie kämpfen unerschrocken für eine bessere Zukunft Ihres Landes. Wir sind auf Ihrer Seite! Belarus braucht Demokratie, keine Diktatur.“ (mt)



Ukrainische Zivilgesellschaft muss so lange wie nötig unterstützt werden

Nur einen Tag bevor sich die russische Invasion in die Ukraine jährt, verabschiedete der EWSA eine EntschlieÙung, in der er eine rasche Aufnahme der Ukraine in die EU unter Achtung der Erweiterungsgrundsätze fordert. Der EWSA unterstützt darin die Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofes für Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine und betont, dass die Zivilgesellschaft die Ukraine so lange unterstützen muss, wie dies nötig ist.

Diese dritte EntschlieÙung zur Ukraine mit dem Titel [Ein Jahr nach der russischen Invasion – die Perspektive der europäischen Zivilgesellschaft](#) wurde auf der Plenartagung des EWSA im Februar verabschiedet. Die EntschlieÙung wurde im Rahmen einer Debatte mit **Olexandra Matwijtschuk**, Vorsitzende des Zentrums für bürgerliche Freiheiten und

Trägerin des Friedensnobelpreises 2022, und **Lora Pappa**, Präsidentin der griechischen NGO „METAdrasi – Action for Migration Development“, über die Auswirkungen des Krieges auf die Menschen in der Ukraine und in der EU angenommen.

In seiner EntschlieÙung spricht sich der EWSA für die Aufnahme der Ukraine in die EU aus. „Wir fordern ein rasches Verfahren für den Beitritt der Ukraine zur EU unter Achtung der Erweiterungsgrundsätze. Die ukrainische Zivilgesellschaft und das ukrainische Volk haben für den EWSA weiter höchste Priorität“, betonte Präsidentin **Christa Schweng**.

In seiner EntschlieÙung fordert der Ausschuss die Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofes für Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine. In einer bewegenden Rede berichtete **Olexandra Matwijtschuk** von der beispiellosen Zahl an Kriegsverbrechen der russischen Armee. „Es ist an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen und rechtliche Verfahren auf den Weg zu bringen, weil dauerhafter Frieden ohne Gerechtigkeit unmöglich ist.“

Seamus Boland, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, erklärte: „Auch wir schließen uns der Forderung nach einem internationalen Sondergerichtshof für Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine an.“

Ein Jahr nach dem Angriff auf die Ukraine haben Organisationen der Zivilgesellschaft acht Millionen aus dem Land Geflüchtete und sechs Millionen Binnenflüchtlinge unterstützt. Allerdings macht sich zunehmend eine gewisse Hilfsmüdigkeit bemerkbar, so **Lora Pappa**.

Oliver Röpke, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer, betonte, dass die ukrainische Zivilgesellschaft sich hier nicht als Gast, sondern wie zu Hause fühlen sollte, und **Stefano Mallia**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber, ergänzte: „Die Zivilgesellschaft ist bereit, so lange wie nötig alles Erforderliche zu tun, um die Ukraine beim Wiederaufbau zu unterstützen.“ (mt)



Europäische Unternehmen: Es wird immer schwieriger, Fachkräfte zu finden

Auf seiner Plenartagung am 22. Februar debattierte der EWSA über den zunehmenden Fachkräftemangel in Unternehmen und die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Kompetenzstrategie auf allen Ebenen.

Die Debatte fand im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen und im Zusammenhang mit der Verabschiedung der EWSA-Stellungnahme „[Unterstützung der Arbeitsmarktentwicklung](#)“ statt. Zu den Teilnehmern zählten **Stefano Scarpetta**, OECD-Direktor für Beschäftigung, Arbeit und soziale Angelegenheiten, **Marianna Panebarco**, stellvertretende Vorsitzende von SMEunited, und **Juan Antonio Pedreño**, Vorsitzender von Social Economy Europe.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** eröffnete die Debatte mit den Worten: „Nach der Pandemie haben die beschleunigte Digitalisierung, der ökologische Umbau und die sich wandelnde Arbeitsorganisation gezeigt, wie wichtig die Weiterqualifizierung und Umschulung von Arbeitnehmern ist, um die Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität der Menschen gerade in unserer alternden Gesellschaft zu erhalten.“

Die Rednerinnen und Redner äußerten die Hoffnung, dass sich das Europäische Jahr der Kompetenzen nicht als bloße Absichtserklärung entpuppt, sondern sich vielmehr als Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens, der Aus- und Weiterbildung sowie der Umschulung erweist.

Sie gingen auf die zahlreichen Probleme im Zusammenhang mit Weiterbildungsmaßnahmen ein, etwa die eingeschränkte Teilnahme von Arbeitnehmern, unter anderem weil es an Zeit und finanziellen Ressourcen fehlt oder die Schulungen nicht den Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen.

Hervorgehoben wurde die entscheidende Rolle der Sozialpartner, die auf die Anerkennung von Kompetenzen drängen können, um Menschen dabei zu helfen, beschäftigungsfähig zu bleiben. Die Rolle des sozialen Dialogs als Schlüsselinstrument für die Ermittlung des Bedarfs und die Entwicklung von Kompetenzen am Arbeitsplatz wurde ebenfalls unterstrichen.

Sowohl in der Stellungnahme des EWSA als auch in der Debatte wurde insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) eingegangen, die bereits jetzt Schwierigkeiten haben, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden oder maßgeschneiderte Schulungsprogramme anzubieten.

„Die Umbrüche auf dem europäischen Arbeitsmarkt erfordern ein gründliches Verständnis der Art von Kompetenzen, die für künftige Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, auch in KMU, benötigt werden“, so **Mariya Mincheva**, die Berichterstatterin für die Stellungnahme,

in der sich der EWSA dafür ausspricht, lebenslanges Lernen zu einem integralen Bestandteil umfassenderer Strategien zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums sowie der Aufbau- und Resilienzpläne zu machen. Die KMU müssten auch dazu ermutigt werden, in Netzwerken zusammenzuarbeiten und ihre Kapazitäten zu bündeln, um auf die Herausforderungen des grünen und des digitalen Wandels reagieren zu können.

Geschätzte 128 Millionen Europäer müssen sich weiterbilden bzw. umschulen lassen, um auf dem Arbeitsmarkt tätig zu bleiben. Von den gering qualifizierten Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze am ehesten automatisierbar sind, nehmen gerade einmal 4 % an Weiterbildungsmaßnahmen teil – das ist der niedrigste Anteil in der EU-27.

Auch die Teilnahme von Erwachsenen im Allgemeinen ist mit 11 % gering. Arbeitnehmer im Alter von 25 bis 34 Jahren nehmen mit 22 % am häufigsten an Schulungen teil, hochgerechnet auf alle Altersgruppen beträgt dieser Anteil nur 8 %. (II)



Kurzfristige Vermietung von Unterkünften: EU-Vorschriften sollen lokale Gemeinschaften und Unternehmen vor Auswüchsen schützen

In einer im Februar verabschiedeten Stellungnahme fordert der EWSA, dass die nationalen und lokalen Behörden Folgenabschätzungen durchführen. Es soll herausgefunden werden, wie sich die kurzfristige Vermietung von Unterkünften über Online-Plattformen auf das Leben der Einheimischen sowie Unternehmen wie Hotels und andere Gastronomiebetriebe auswirkt.

Die [Stellungnahme](#) enthält die Position des EWSA zum [Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur kurzfristigen Vermietung von Unterkünften](#). Nach Ansicht des EWSA sollte die Kommission eine regelmäßige Bewertung durch die nationalen und

lokalen Behörden in Bezug darauf empfehlen, wie sich die kurzfristige Vermietung von Unterkünften auf das lokale Tourismuspotenzial, das Leben der Einheimischen, den langfristig genutzten Mietwohnraum und den örtlichen Immobilienmarkt auswirkt. Bewertet werden sollten außerdem die direkten und indirekten Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten, die Arbeitsplätze, die Umweltverschmutzung, die Achtung der lokalen Traditionen und die Unternehmen.

Der jüngste Boom kurzfristiger Vermietungen über Online-Plattformen, die inzwischen etwa ein Viertel aller touristischen Beherbergungen in der EU ausmachen, hat mancherorts zu einer angespannten Lage geführt. Auf einige weniger bekannte Städte und Regionen hat sich die Entwicklung des lokalen Tourismus durch die preisgünstigere kurzfristige Vermietung von Unterkünften positiv ausgewirkt. Beliebtere Reiseziele sind jedoch an einen Punkt gelangt, an dem es nicht mehr weitergehen kann wie bisher. In Venedig, Florenz oder Barcelona, um nur einige Orte zu nennen, stehen Hotels und andere traditionelle Beherbergungsbetriebe in Wettbewerb mit Airbnb und anderen Online-Plattformen, Ihr Kollisionskurs hat das öffentliche Leben vor Ort beinahe zum Erliegen gebracht.

„Interessant sind die potenziellen Spill-over-Effekte der Verordnung“, erklärt Berichterstatter **Marinel Dănuț Mureșan**. „Bei der Verordnung selbst geht es zunächst einmal nur um die Erhebung und den

Austausch von Daten über die kurzfristige Vermietung von Unterkünften in der EU. Wenn die nationalen Behörden die Daten der Plattformen bekämen, könnten wir weitere substantziellere Ergebnisse erzielen. Die Folgenabschätzung wäre ein Hauptwerkzeug für die politischen Entscheidungsträger.“

Der EWSA regt außerdem als Lösungsvorschlag an, Versicherungspolice heranzuziehen, die vom Gastgeber zu zeichnen wären. Sie könnten aufwändige Genehmigungsverfahren ersetzen. Laut Verordnung sollen die lokalen Behörden es vermeiden, den Anbietern kurzfristiger Vermietungen solche Verfahren aufzubürden, doch wird nicht präzisiert wie. Die Versicherungspolice könnten die größten Risiken der Vermietungsaktivitäten abdecken, wobei die Überprüfung der Regelkonformität den Versicherungsunternehmen überlassen würde.

Weiterhin schlägt der EWSA zur Verbesserung der Verordnung eine vereinfachte Registrierung gemäß einheitlichen und EU-weiten Anforderungen vor. Dabei rät er zu einem standardisierten Ansatz bezüglich der erforderlichen Informationen, die über jedwede kurzfristige Vermietungen von Unterkünften gemeldet werden müssen. (dm)



Eine Einigung über die Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung ist dringend notwendig

In einer auf seiner Plenartagung am 24. Februar verabschiedeten Stellungnahme begrüßt der EWSA die Mitteilung der Kommission über Leitlinien für eine Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung. Eine rasche Einigung ist notwendig, der Reformplan aber noch zu vage, so der EWSA.

Der EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung hat seit dem Vertrag von Maastricht von 1992 dazu beigetragen, günstige Bedingungen für wirtschaftliche Stabilität, Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa zu schaffen. Er wurde im Laufe der Zeit weiterentwickelt und ist dabei immer komplexer geworden, doch nicht alle Instrumente und Verfahren haben sich bewährt.

Der EWSA teilt die Ansicht, dass eine rasche Einigung noch vor den Haushaltsverfahren der Mitgliedstaaten für das Jahr 2024 erforderlich ist, betont allerdings, dass noch zahlreiche Einzelaspekte festgelegt werden müssen. Die vorgeschlagenen strukturellen finanzpolitischen Pläne müssen gewährleisten, dass die Schuldenquoten sinken oder auf einem dem Vorsichtsgebot entsprechenden Niveau bleiben. Zugleich müssen die Vorschriften ausreichend haushaltspolitischen Spielraum für Investitionen in den grünen und den digitalen Wandel lassen. Vor allem aber hängt eine erfolgreiche Reform des Steuerungsrahmens von mehr Eigenverantwortung für die Einhaltung der Vorschriften ab.

„Wir brauchen dringend eine Reform des haushaltspolitischen Rahmens. Viele Mitgliedstaaten haben ihre Staatshaushalte in den wirtschaftlich guten Zeiten nicht ausreichend konsolidiert“, betonte EWSA-Berichterstatte**r Krister Andersson**. „Das Fehlen einer umsichtigen Politik schadet den Schwächsten in der

Gesellschaft. Jetzt kommt es darauf an, die Schuldenstände zu senken und die Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten. Der EWSA teilt die Auffassung, dass eine rasche Einigung noch vor den Haushaltsverfahren der Mitgliedstaaten für das Jahr 2024 erzielt werden muss.“ (tk)



Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023: Die Vorteile des europäischen Projekts durch wirksame Kommunikation aufzeigen

In seiner am 23. Februar verabschiedeten Stellungnahme zu der Mitteilung der Europäischen Kommission „Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023“ fordert der EWSA die Kommission auf, mehr in die Kommunikation zu investieren. Die Öffentlichkeit muss besser über die Herausforderungen der EU und die Möglichkeiten zur Lösung der anstehenden Probleme informiert werden.

Der Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023 enthält die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Prioritäten der EU für die kommenden 12 bis 18 Monate. Ziel dabei ist es, die negativen Auswirkungen von Energieschocks kurzfristig abzufedern, nachhaltiges

und inklusives Wachstum zu fördern und die wirtschaftliche und soziale Resilienz der EU mittelfristig zu erhöhen.

In seiner Stellungnahme begrüßt der Ausschuss die Prioritäten für eine wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit und die Bemühungen der Kommission um eine Stärkung des sozialen Dialogs in der EU. Darüber hinaus betont der EWSA, wie wichtig eine gute Kommunikation ist, und fordert die Kommission auf, hier mehr zu investieren. Für einen besser funktionierenden Binnenmarkt sind faire Arbeitsbedingungen, ein wirksamer Wettbewerb und eine bessere Berücksichtigung der Anliegen der Zivilgesellschaft erforderlich. Der Ausschuss ruft die Mitgliedstaaten ferner zu einem realistischen, maßvollen und ausgewogenen Ansatz bei der Inflationsbekämpfung auf.

„Überzeugende, verbindliche und einheitliche Aussagen über anstehende Herausforderungen und die Maßnahmen, mit denen die EU diese Aufgaben bewältigen will, sind für die Menschen in Europa enorm wichtig. Sie tragen dazu bei, Missverständnisse über das europäische Projekt zu vermeiden und das Konzept eines ‚Europas für alle‘ voranzubringen“, erklärte EWSA-Berichterstatter **Gonçalo Lobo Xavier**. (tk)



Das Glas ist halbvoll: Die Teilnehmer der Tage der Zivilgesellschaft blicken besorgt, aber auch zuversichtlich auf die Zukunft der Zivilgesellschaft in Europa

Die Tage der Zivilgesellschaft 2023 des EWSA (1. bis 3. März) mündeten in eine Reihe von Vorschlägen, die den zivilgesellschaftlichen Raum der EU nicht nur schützen, sondern auch erweitern und den jüngeren Generationen eine verlässliche Grundlage für die Gestaltung einer lebendigen Zivilgesellschaft gewährleisten sollen.

Das Motto der dreitägigen Veranstaltung vom 1. bis 3. März lautete: „Organisationen der Zivilgesellschaft: Säulen der Demokratie und Hauptakteure für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen“. Die Veranstaltung wurde mit der Forderung eröffnet, den zivilgesellschaftlichen Raum in der EU gegenüber internen und externen Bedrohungen zu stärken, und endete mit der Erläuterung einer Reihe von Schlussfolgerungen aus acht interaktiven Workshops. Die Vorschläge erstrecken sich auf zentrale Themen für die Zukunft der Zivilgesellschaft, u.a. die Europawahlen 2024, die Zukunft der Bürgerforen in der Politikgestaltung der EU, das Europäische Semester und die Finanzierung der Zivilgesellschaft.

In ihren Eröffnungsworten bekräftigte Präsidentin **Christa Schweng** die wiederholten Warnungen des EWSA vor den Bedrohungen für die Zivilgesellschaft. „Daher waren wir bei unserem Feedback zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie der Kommission sehr deutlich.

Wir haben die Kommission aufgefordert, eine gesonderte Säule für die Zivilgesellschaft zu schaffen, und der Forderung der europäischen Organisationen und Netze der Zivilgesellschaft nach einer europäischen Strategie der Zivilgesellschaft Ausdruck verliehen.“

Die EU-Kommissarin für Demokratie und Demografie **Dubravka Šuica** räumte ein: „Wir dürfen unsere Demokratie und auch unsere Zivilgesellschaft nicht als selbstverständlich ansehen.“ Sie hob die Kommissionsmaßnahmen als Reaktion auf die Konferenz zur Zukunft Europas hervor, wobei 80 % der diesjährigen Gesetzgebungsinitiativen eine unmittelbare Reaktion auf Bürgervorschläge der Konferenz seien. „Wir haben Ihr Engagement und damit die Vorschläge der Konferenz ernst genommen.“

Erstmals seit Beginn der COVID-19-Pandemie fanden die Tage der Zivilgesellschaft mit rund 500 Teilnehmern als Präsenzveranstaltung statt.

Die vollständigen Schlussfolgerungen werden demnächst auf dem EWSA-Internetportal veröffentlicht. Zudem wird der EWSA gewährleisten, dass sie auch die größeren Institutionen erreichen.

Die Tage der Zivilgesellschaft werden vom EWSA in Zusammenarbeit mit seiner Kontaktgruppe veranstaltet, die europaweite zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke zusammenbringt.

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Ein neuer Weg für den Wiederaufbau der Ukraine

von der Gruppe Arbeitgeber

Ein Jahr nach Russlands ungerechtfertigter Invasion der Ukraine ist die Gruppe Arbeitgeber mit führenden Vertretern ukrainischer Unternehmensverbände zusammengetroffen, um die aktuelle Konjunkturlage in der Ukraine zu erörtern und sich aus erster Hand darüber zu informieren, was ukrainische Unternehmen jetzt für ihr Überleben und mit Blick auf den Wiederaufbau brauchen.

Im vergangenen Jahr ist das BIP der Ukraine um 30 bis 35 % gefallen. Die Gesamtkosten der direkten Verluste werden auf knapp 130 Mrd. USD beziffert. Verschiedenen Schätzungen zufolge haben 2,5 bis 5 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, die Inflation liegt bei

26,6 %.

„Da viele Arbeitnehmer, Kunden und Partner ins Ausland gehen, ihre Unternehmen durch Beschuss und Bombardierungen verlieren oder an der Front kämpfen, ist es – vor allem für KMU – kaum möglich, ein hohes Ertragsniveau zu halten“, sagte **Kateryna Hlaskowa**, Exekutivdirektorin des ukrainischen Unternehmerverbands.

Die Unternehmen stehen vor mehreren Herausforderungen: sie können die Kunden, die sie durch Unterbrechungen der Lieferketten, Standortverlagerungen oder sonstige Probleme verloren haben, nicht zurückgewinnen, und es fehlen finanzielle Ressourcen. Die meisten Geschäftsführer sehen mit Sorge, dass ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit herrscht und sie ihre Waren und Dienstleistungen nicht exportieren können.

Etwa die Hälfte der Mitgliedsunternehmen des Europäischen Wirtschaftsverbands äußert sich zuversichtlich über ihre Geschäftsentwicklung im Jahr 2023. Zu diesen Schlussfolgerungen kommt die Studie [Business Forecast 2023](#), die vom Europäischen Wirtschaftsverband und der Raiffeisen Bank durchgeführt und von Gradus Research analytisch begleitet wurde. Die diesjährigen Ergebnisse zeigen, dass sich die Stimmung und die Prognosen von Topmanagern verschlechtern dürften. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr gaben 83 % der Geschäftsführer optimistische Prognosen ab.

Um die Lage zu verbessern, müssen die Unternehmen wieder exportieren, betonte **Hennadij Tschyschkykow**, Präsident der ukrainischen Industrie- und Handelskammer. „Dies ist eine Frage des Überlebens“, stellte er fest.

„Der Export muss angeregt werden, um die unterbrochenen Lieferketten wiederherzustellen, europäische Partner zu gewinnen und aus europäischen Erfahrungen zu lernen. Dazu müssen grüne Korridore aufrechterhalten und ausgebaut werden“, meinte auch **Anna Derewjanko**, Exekutivdirektorin des Europäischen Wirtschaftsverbands in der Ukraine.

„Die Einbindung in das Binnenmarktprogramm hat den ukrainischen Unternehmen den Zugang zum EU-Markt erleichtert und potenzielle neue Chancen eröffnet, doch das B2B-Matching muss verbessert werden, damit Unternehmen die nötige Unterstützung und Beratung erhalten und die Kontakte knüpfen, um Geschäfte tätigen zu können“, führte **Anna Derevyanko** aus und ergänzte: „Dies ist kein Sprint, sondern ein Marathon.“

Die Gruppe Arbeitgeber unterstützt uneingeschränkt die Maßnahmen der EU, die darauf abzielen, die notleidende Ukraine zu unterstützen und noch vor Kriegsende mit dem Wiederaufbau des Landes zu beginnen. Wir haben uns mit unseren Arbeitgeberkollegen in der Ukraine zusammengetan und die politischen Entscheidungsträger in der EU nachdrücklich dazu aufgefordert, alles zu tun, um der Ukraine dabei zu helfen, zunächst zu überleben und dann Russlands Angriffskrieg zu stoppen. Der Vorsitzende **Stefano Mallia** erklärte: „Die Unterstützung ukrainischer Unternehmen, beispielsweise durch die Erleichterung des Marktzugangs, ist für Europa von grundlegendem Interesse. Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Ukraine und die EU logische Partner sind. Auf dieser Grundlage muss nun aufgebaut werden.“



Für ein soziales Europa: Ukrainisches Parlament verabschiedet Gesetz zum Schutz sozialer Rechte und von Tarifverhandlungen

von der Gruppe Arbeitnehmer

Am 23. Februar 2023 stimmte das ukrainische Parlament für ein Gesetz zur Stärkung der sozialen Rechte durch den Schutz des sozialen Dialogs und von Tarifverhandlungen. Dies ist ein Meilenstein für den Schutz ukrainischer Arbeitnehmer und den Beitritt des Landes zur EU.

Mit diesem Gesetz wird die Verbindlichkeit von Tarifverträgen festgeschrieben, ebenso wie das Recht der Gewerkschaften, ihre Rechte und Präferenzen in Tarifverhandlungen und im sozialen Dialog auszuhandeln. Auch müssen die Arbeitgeber materielle und technische Unterstützung für Gewerkschaftsaktivitäten innerhalb des Unternehmens

leisten – die Finanzierung von tarifvertraglichen Tätigkeiten und Ausgaben gehört zu den obligatorischen und gesetzlich verankerten Ausgaben der Unternehmen. Das Gesetz räumt den Gewerkschaften auch eine wichtige Rolle im Hinblick auf mögliche Änderungen der Arbeitsbedingungen ein, einschließlich des Rechts, ihr Veto gegen die Entlassung von Gewerkschaftsvertretern einzulegen.

Das Gesetz wurde von Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum im ukrainischen Parlament verabschiedet, wobei die größte Unterstützung von der Mitte und von Mitte-Rechts kam. Die Gruppe Arbeitnehmer steht auf der Seite des ukrainischen Volkes, der Gewerkschaften und der Organisationen der Zivilgesellschaft bei ihrem Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit in einem vom Krieg gebeutelten Land. Deren Beitrag zur Leistung humanitärer Hilfe und zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft – unter schwierigen Bedingungen und häufig auch unter Lebensgefahr – ist von unschätzbarem Wert. Sie spielen eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine, der auf der umfassenden Achtung der grundlegenden Arbeitnehmer- und Bürgerrechte beruhen muss. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt nicht nur für den Schutz der Arbeitnehmer in der Ukraine, sondern auch für den EU-Beitrittsprozess.



„Organisationen der Zivilgesellschaft verteidigen und stärken die europäische Demokratie“ – eine Konferenz der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Wie können die Organisationen der Zivilgesellschaft die europäische Demokratie stärken? Wie sehen die Beziehungen zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Entscheidungsträgern momentan aus? Warum ist dies wichtig, und was können wir von bewährten Verfahren aus den EU-Mitgliedstaaten lernen?

Antworten auf diese und weitere Fragen will die Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA am 30. März im Rahmen ihrer Konferenz **„Organisationen der Zivilgesellschaft verteidigen und stärken die europäische Demokratie“** geben. Auf dem Podium werden Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Institutionen und von Organisationen der Zivilgesellschaft erwartet.

Diese Hybridveranstaltung ist als Beitrag zu der Debatte über das **Paket zur Verteidigung der Demokratie**, das die Europäische Kommission demnächst vorlegen wird, und zur Überprüfung der Umsetzung des **Europäischen Aktionsplans für Demokratie** gedacht.

Die Konferenz findet am **30. März** von **9.15 bis 13.00 Uhr** statt. Sie können entweder vor Ort im EWSA in **Brüssel** oder **online** an der Videokonferenz über Interactio teilnehmen. Bis zum 26. März können Sie sich anmelden.

Sie können die Veranstaltung auch auf Englisch, Französisch und Deutsch im Livestream auf der Website der Veranstaltung verfolgen. Eine vorherige Anmeldung hierfür ist nicht erforderlich.

Wenn Sie mehr wissen oder sich anmelden möchten, besuchen Sie bitte die Website der Veranstaltung: <https://europa.eu/!9gPYcm>

Wenn Sie weitere Fragen haben, schreiben Sie uns eine E-Mail an: EU-Democracy@eesc.europa.eu.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



„Dort, außer Sichtweite“: Musikalische Würdigung der Ukraine zum Abschluss der EWSA-Jugendveranstaltung

Der EWSA organisiert im Rahmen der Abschlussfeier seiner Jugendveranstaltung „Your Europe, Your Say!“ am 24. März eine musikalische Live-Veranstaltung. Dabei wird der Kampf der Ukraine für Demokratie und Freiheit mit Liedern über die Geschichten von tagtäglichen Heldentaten gewürdigt.

Die Aufführung wird von der polnischen Theatertruppe „Navpaky“ unter dem Titel „Svit za ochi“ (Dort, außer Sichtweite) dargeboten. Diese erzählt in insgesamt neun Liedern die Geschichten junger Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen in einem Umfeld, das die aktuellen Ereignisse in der Ukraine widerspiegelt.

Dahinter steht der Grundgedanke, dass Menschen, die für ihre Freiheit kämpfen, keine heroischen Lichtgestalten, sondern ganz normale Menschen aus Fleisch und Blut mit ihrem Freuden und Zweifeln sind.

Die Lieder werden auf Ukrainisch mit englischen Untertiteln ausgeführt. So erhalten auch nichtukrainische Zuschauer und Zuschauerinnen eine einzigartige Gelegenheit, die ukrainische Kultur zu erleben.

Die Aufführung findet im Rahmen der Abschlusssitzung der jährlichen Jugendveranstaltung des EWSA „Your Europe, Your Say!“ statt (in diesem Jahr am 23./24. März). Dabei diskutieren 105 Schülerinnen und Schüler aus 35 Sekundarschulen der EU und der Kandidatenländer, auch der Ukraine und der Republik Moldau, in Brüssel über Demokratie und die Teilhabe junger Menschen am öffentlichen Leben. Sie nutzen dabei die Methoden der parlamentarischen Demokratie, um Vorschläge dazu vorzulegen, wie die Beteiligung junger Menschen an der Politikgestaltung der EU verbessert werden kann. Anschließend sorgt der EWSA für die Übermittlung ihrer Vorschläge an die Institutionen und Entscheidungsträger der EU.

Die Teilnahme an der Veranstaltung erfolgt nur auf Einladung, jedoch ist diese als Aufzeichnung auf dem Internetportal des EWSA verfügbar.

Hier das [vollständige Programm](#) von YEYS. (ck/dm)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Millie Tsoumani (mt)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanis (mg)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knobloch (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

04/2023